

PARTEILEHRJAHR aktuell

INFORMATIONEN · DATEN · ARGUMENTE zum THEMA 8

seminar zur Leninschen Theorie über den Imperialismus

Friedenspolitische Diskussionen bilden für eine rechtsopportunistische Partei, wie sie die SPD verkörpert, keine neue Fragestellung. Auch nach 1945 waren Fragen einer sozialdemokratischen Friedenspolitik Bestandteil aller parteiprogrammatischen Debatten in der SPD. Ihr Einfluß auf große Teile der Arbeiterklasse macht dies geradezu notwendig. Dabei traten allerdings in den friedenspolitischen Auffassungen der SPD, bezogen auf die Anerkennung der politischen Realitäten, in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Widersprüche auf.

In der Gegenwart wie in der SPD ein neues Parteiprogramm diskutiert, in dem die Vorstellungen zur sozialdemokratischen Friedenspolitik eine wichtige Säule darstellen. Nicht zuletzt hat dazu die ökologische und politische Reflexion der immer wirkungsvolleren Friedenspolitik und der mit ihr verbundenen Offensive der sozialistischen Staaten, die das gemeinsame Interesse am Überleben der Menschheit zur Ausgangsposition machte, ebenso beigetragen wie die zunehmende Stürze der Friedensbewegung in der BRD und die damit für die SPD offensichtlich werdende Notwendigkeit, ausgehend von ihrem Selbstverständnis als Volkspartei, sich als Teil der Friedensbewegung politisch aktiv einzusetzen.

Von großer Bedeutung für die Ausarbeitung des SPD-Programmentwurfes waren die Tätigkeiten der „Grundwerte-“ und der „Programmkommission“ der Partei. In der Arbeit dieser Kommissionen wurden wesentliche Impulse und Anregungen entwickelt, die im Entwurf für ein neues Grundratsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Niederschlag fanden. Bei einer Analyse der darin enthaltenen friedenspolitischen Auffassungen kann man durchaus von neuen Aspekten sprechen, die von den politischen Realitäten ausgehen und bereits zahlreiche Vereinbarungen ermöglichen, wie sie unter anderem auch mit der SED unterzeichnet wurden.

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch die Tatsache, daß mit diesem neuen friedenspolitischen Aufsatzen kein genereller Wandel der SPD verbunden ist. Ihre gesellschaftspolitische Zielstellung geht weiter davon aus, innerhalb des kapitalistischen Systems den „demokratischen Sozialismus“ aufzubauen. Sie verbindet damit das Bemühen um staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und zum Privateigentum an den Produktionsmitteln. Ebenso bekennet sich die SPD zur NATO.

Die SPD, die sich aber gleichzeitig auch vorbehaltlos zu der Grundposition bekennet, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, daraus auch eine gemeinsame Verantwortung der beiden deutschen Staaten ableitet, orientiert sich heute, und das ist zugleich der Ausgangspunkt für eine, den ein-

ständenen Realitäten Rechnung tragende Politik, auf einen friedlichen Weststreit der beiden Gesellschaftssysteme. Die SPD geht in ihrem Selbstverständnis von einer angeblichen Überlegenheit des Westens im friedlichen Weststreit der Systeme aus, da nach ihrer Ansicht das kapitalistische System technisch überlegen, wirtschaftlich effektiver und in ihrem Demokratieverständnis politisch freier und menschlich humaner sei. Das bedeutet nicht nur, daß die SPD damit ihre Hauptfelder für die Systemauseinandersetzung absteckt, sondern es bedeutet auch klar und eindeutig, daß der reale Sozialismus für die SPD keine Alternative darstellt. Sie verbindet damit zugleich die Hoffnung, daß sich innerhalb der sozialistischen Staaten langfristig bürgerlich-

„Atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa“ erreicht werden und „bis hin zur beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ führen. Hier werden Zielstellungen formuliert, die auch in den Dokumenten der KPdSU, der SED und der sozialistischen Verteidigungskoalition enthalten sind. Deshalb können diese Vorstellungen eine gute Basis für weitere Verhandlungen und Abkommen mit der SPD bilden.

Diese Positionen werden derzeit von einer Mehrheit in der SPD getragen. Nach wie vor aber gibt es Versuche, diese Grundlinie zu korrigieren bzw. bereits getroffene Vereinbarungen zu unterlaufen. Typisch dafür ist, daß unter Einbeziehung der Totalitarismuskritik davon ausgegangen wird, nur bürgerlich-parlamentarische Systeme seien in der Lage, auftretende Friedensgefährdungen demokratisch zu beseitigen. Im Gegensatz dazu wird den sozialistischen Staaten, die als totalitär eingestuft werden, unterstellt, daß für sie der Drang zur Aggressivität charakteristisch ist. Dabei sei die Friedenssicherung eine ständige Aufgabe für demokratische Sozialisten. Die Sicherheit der demokratischen Rechtsstaaten müsse gegen die totalitären Staaten durchgesetzt werden. Die Politik müsse darauf abzielen, Konflikte möglichst zu beheben. Die Abschreckung, wie überhaupt der militärische Faktor, gilt für diese Kräfte als ein wesentlicher Bestandteil der Konfliktbeherrschung.

Eine solche Konzeption ermöglicht nur begrenzte Abrüstungsschritte. Abrüstung kann hier nur bis zu einer Stufe geführt werden, die die atomare Abschreckung und die darauf beruhende Konfliktbeherrschung weiterhin ermöglichen. Die Auseinandersetzung über die friedenspolitischen Vorstellungen der SPD sind noch nicht abgeschlossen und dürften sich selbst nach Beschlußfassung des Parteiprogramms fortsetzen. Sie spiegeln sich durchaus auch in Versuchen wider, bereits unterzeichneten Verträgen andere Inhalte aufzudrücken.

WOLFGANG FISCHER,
Sektion WK

Anmerkungen:
1) Entwurf für ein neues Grundratsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. - Iserke, Juni 1988. - S. 18
2) Eberda, S. 19

Basis weiterer Abkommen und Verhandlungen mit SPD

Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im Kampf um die Sicherung des Friedens. Die Rolle der Sozialdemokratie im imperialistischen Herrschaftssystem

parlamentarische Verhältnisse entwickeln.

Unter Berücksichtigung des derzeit in der Welt vorhandenen Wafentpotentials vertritt auch die SPD die Ansicht, wonach ein nuklearer Krieg keinen Sieger haben kann. Demzufolge, so wird geschloßfolgert, muß der potentielle Gegner, um den gemeinsamen Untergang zu verhindern, zum potentiellen Partner werden. Das ist zugleich eine wesentliche Grundthese für die sozialdemokratische Konzeption der Sicherheitspartnerschaft. Sie erscheint zahlreichen Politikern und Theoretikern der SPD auch für die Zukunft tragfähig, da sie davon ausgeht, daß zumindest in einem überblickbaren Zeitraum kein Gesellschaftssystem eine derartige militärische Überlegenheit erreichen kann, um einen Krieg siegreich führen zu können. Deshalb wird im schon erwähnten Programmtext formuliert: „Alle Völker und Staaten, auch solche mit gegensätzlichen Wertvorstellungen, sind bei der Sicherung des Überlebens auf Partnerschaft angewiesen.“

Im gleichen Abschnitt, der unter der Überschrift „Politik des Friedens“ steht, spricht sich die SPD für eine gemeinsame Sicherheit aus, welche die atomare Abschreckung ablehnt und dafür die Entspannung zum Ziel hat. Dies soll insbesondere durch „weltweite Abkommen zur Rüstungskontrolle“, durch die „Abschaffung und Ächtung von Massenvernichtungswaffen“, durch

an internationalen Zielen zu orientieren.

Die wachsende Größenordnung der lokalen Eingriffe in den Naturhaushalt, die Summierung ihrer Wirkungen und der universelle Wirkungszusammenhang verschiedenartiger Schäden ruft angesichts der Internationalisierung und Globalisierung des Wirtschaftslebens bei weiterer Dominanz des Imperialismus, weltweite Wirkungen hervor. Die sich entwickelnde Gefahr trägt daher nicht nur lokalen oder regionalen, sondern im wahrsten Sinne des Wortes globalen Charakter. Sie wird durch den militärischen Mißbrauch von Naturstoffen und Naturkräften zusätzlich potenziert.

Die wichtigsten Erscheinungsformen des globalen Umweltproblems sind:

- die Erschöpfung bestimmter Arten nichtregenerierbarer Naturressourcen und das Überschreiten der Reproduktionsgrenzen für viele Arten reproduzierbarer natürlicher Ressourcen auf der Grundlage progressiven Rohstoff- und Energieverbrauchs im Maßstab der Weltwirtschaft
- die Störung natürlicher biogeochemischer Kreisläufe und der Anpassung der lebenden Organismen, einschließlich des Menschen, an die veränderten natürlichen Umweltbedingungen
- die Belastung und Verschlechterung der Böden, Versteppung und Verwüstung weiter Landstriche in den Entwicklungsländern
- die gefährliche Erhöhung des Schadstoffgehalts in Wasser, Luft und Nahrung.

Die Abwehr dieser existenziellen Gefahren für die Menschheit, an der der Imperialismus die Hauptschuld trägt, erfordert weltweite Zusammenarbeit auf der Grundlage friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Zugleich wird immer deutlicher, daß die ökologischen Fragen nicht losgelöst von den Problemen Krieg und Frieden, Abrüstung, Überwindung der Unterentwicklung und Herstellung gleichberechtigter gegenseitig vorteilhafter internationaler Beziehungen betrachtet und in Angriff genommen werden können.

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge verstärkt die DDR in letzter Zeit sowohl ihr nationales als auch ihr internationales Engagement in Sachen

seminar zur internationalen Entwicklung und zu aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Sicherung des Friedens

Gemeinsames Wirken für Schutz unserer Umwelt

Die Notwendigkeit einer weltweiten Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zur Sicherung der ökologischen Existenzgrundlagen der Menschheit

Schädigungen der natürlichen Umwelt können am wirkungsvollsten an ihrer Quelle vermieden werden. Das ist vor allem die Wirtschaftstätigkeit im Rahmen des nationalen Reproduktionsprozesses: Landwirtschaft und extraktive Industrie als unmittelbar naturausbeutende Zweige, Energiewirtschaft und verarbeitende Industrie als Emittent von Abfällen und Schadstoffen, das Bauwesen und der Verkehr mit ihren naturverändernden Wirkungen und schließlich die Konsumtion in städtischen und dörflichen Siedlungen.

Das erfordert, die Emission von Schadstoffen zu reduzieren, durch betriebliche und kommunale Abwasser-Reinigungsanlagen, den Einbau von Filtern, die Wiederherstellung des Zustandes der Natur nach naturausbeutender Wirtschaftstätigkeit, höchstmögliche Vernetzung der Abfälle und naturschonendes Konsumverhalten. Dazu sind nationale Grenzverträge, Normen und Auflagen sowie der Kampf um ihre Erhaltung notwendig.

Es liegt nahe, diese Normen auf der Grundlage des lokalen und nationalen Zustandes der Natur unter Berücksichtigung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes und bei Beachtung politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen national festzulegen.

Die DDR verfügt seit Jahren über ein an den ökologischen Notwendigkeiten und ökonomischen, finanziellen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten orientiertes und weiter zu vervollkommnendes Netz nationaler Regelungen für Naturnutzung und Umweltschutz im Rahmen einer Gesellschafts- und Wirtschaftsstrategie. Trotz spezifischer Schwierigkeiten (schwererhaltige Braunkohle als Primärenergieträger/große Aufwendungen für Reaktivierung/geringes Wasserangebot) gibt es bereits heute international beachtliche Ergebnisse unserer nationalen Umweltschutzpolitik.

Gleichzeitig wird es immer notwendiger, die individuellen, lokalen und nationalen Aktivitäten in weltweite Programme und Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Existenzgrundlagen der ganzen Menschheit einzuordnen und nationale Grenzverträge

Umweltschutz und betrachtet es zugleich als wesentliches Element ihrer gesamten, auf das Wohl des Menschen, auf Frieden und umfassende internationale Sicherheit gerichteten Politik. Wichtige internationale - Umweltschutzaktivitäten, an denen die DDR mitwirkt, sind:

- Die „Konvention von Helsinki“ zum Schutz der Ostsee vor Umweltverschmutzungen (1974) und Folgeaktivitäten, z. B. die Deklaration der Ostsee-Anrainer (Helsinki 1988)
- Gesamteuropäische Umweltkonferenzen mit der Annahme von Konventionen und Resolutionen zu grenzüberschreitenden Luftverschmutzungen über weite Entfernungen und der Deklaration über abproduktarme und abproduktfreie Technologien sowie zur Wiederverwendung von Abprodukten
- Im Rahmen dieser Konferenzen übernahm die DDR zusammen mit weiteren 20 Staaten die Verpflichtung, den Schwefeldioxid-Ausstoß von 1985 bis 1990 um 30 Prozent zu reduzieren.
- United Nations Environment Programme (UNEP), 1972 in Stockholm gegründete Spezialorganisation der UNO. Mitwirkung der DDR an der Realisierung des Arbeitsprogramms, an den Jahresberichten sowie an der „Weltstrategie für die Erhaltung der Natur“ (1980)
- Orientierung an der „Weltcharta der Natur“ (UNO-Vollversammlung Oktober 1982) und Mitwirkung am UNESCO-Programm „Mensch und Biosphäre“
- Protokoll zur Reduzierung von Stickoxidemissionen/Reale Reduzierung in der DDR im Zeitraum 1980-1987
- Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht (März 1985)
- Montrealer Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (September 1987)/Reale Reduzierung dieser Stoffe in der DDR
- Ableitung von Schlußfolgerungen für die DDR aus dem Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ auf der Konferenz zur Umweltschutzpolitik der DDR im März 1989
- Aktive Mitwirkung an der Konvention über die Kontrolle grenzüberschreitender Transporte von gefährlichen Abprodukten (Basel, März 1989)
- Durchführung von Trainingskursen der UNESCO zum Umweltschutz für Entwicklungsländer in der DDR
- Abschluß staatlicher Umweltschutzabkommen mit der BRD, VR Polen, CSSR und UdSSR
- Aktive, langfristige Vorbereitung auf die 1992 stattfindende Welt-Umweltschutzkonferenz der UNO.

Prof. Dr. sc. WERNER SCHMIDT, Sektion MI.

Vergleichende Revolutionsgeschichte - Probleme der Theorie und Methode, hrsg. v. M. Kossok, Akademie-Verlag Berlin 1988, 271 S., 22 Mark

Vorläufer dieses im Rahmen der von Manfred Kossok in Verbindung mit Walter Markov, Gerhard Schiller und Walter Schmidt herausgegebenen „Studien zur Revolutionsgeschichte“ (seit 1969 nunmehr in 8 Bänden erschienen, Doppelband 9 steht kurz vor seiner Auslieferung, Bd. 10 ist im Druck) entstandenen Bandes bilden die als „Arbeitshefte“ gefaßten Beiträge des ersten Heftes der „Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung“ (LBR) von 1982. Sie waren als Leitgedanken für Anlage und Aufbereitung der Hauptartikel der vorliegenden Kollektivmonografie des 1976 an der Karl-Marx-Universität gegründeten Leipziger Zentrums für Vergleichende Revolutionsforschung (ZVR) zu methodologischen Problemen vergleichender Revolutionsforschung konzipiert.

Vier der inzwischen auf sechs angewachsenen Forschungsgruppen des ZVR stellen ihre Arbeitsergebnisse vor: die Forschungsgruppen für vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, vergleichende Analyse der sozialistischen Revolutionen, nationale und soziale Befreiungsbewegungen Asiens und Afrikas sowie Lateinamerikas. Damit wird zugleich ein Gesamtüberblick über Grundpositionen der „Leipziger Schule“ auf dem Gebiet der vergleichenden Revolutionsforschung der neueren und neuesten Zeit gegeben sowie die langjährige, seit 1969 systematisch betriebene vergleichende Revolutionsforschung in Gestalt eines umfassenden Resümées

in ihren Ergebnissen übergreifend verallgemeinert. Das impliziert einerseits eine Zusammenfassung bekannter, aber bisher separat vorgelegter Ergebnisse. Andererseits werden Arbeitsergebnisse veröffentlicht, die Schwerpunkte für künftige Lösungswege präzisieren. Besonderer Wert wurde auf die Erfassung der relevanten internationalen Literatur und des entsprechenden Forschungsstandes gelegt, wodurch gleichzeitig eine Diskussion und Bewertung konträrer Standpunkte zu Grundfragen des vergleichenden Revolutionsverständnisses möglich wurde. Folgende Problemkreise stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Typologie der Revolutionen in Abhängigkeit von der jeweiligen Gesellschaftsperiode
2. Triebkräfte und Hegemonie in revolutionären Prozessen, bei besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen Hegemoniekonstellationen
3. Dialektik von inneren und äußeren Faktoren bei der Prägung des Charakters einer Revolution, ihrer Besonderheiten und Ergebnisse
4. Verhältnis von revolutionärem und reformerischem Weg angesichts unterschiedlicher gesellschaftlicher Voraussetzungen
5. Spezifische Formen der Kontorrevolution.

Breiter Raum ist der Auswertung der Aussagen von Marx, Engels und Lenin zur Revolutionsproblematik gewidmet. Auf dieser Grundlage erfolgt eine umfassende offensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Revolutionsforschung. Außerdem wird auf divergierende Positionen innerhalb der marxistischen For-

Eine „Bilanz auf der Mitte des Weges“

schung Bezug genommen. Wie der Vorbemerkung von M. Kossok zu entnehmen ist, „versteht sich der Band ungenügend seines beträchtlichen Umfangs als Diskussionsbeitrag zu einem der gewiß komplizier-

testen und zugleich faszinierendsten Themenkomplexe der modernen gesellschaftswissenschaftlichen Forschung“ (S. VII). Daß es sich bei diesem Band tatsächlich um eine „Bilanz auf der Mitte des Weges“ han-



Der vom Herausgeber des rezensierten Buches, Prof. Dr. sc. Manfred Kossok, geleitete Wissenschaftsbereich Allgemeine Geschichte der Neuzeit der Sektion Geschichte gehört zu den Kollektiven, die für herausragende Leistungen mit einer Ehrenurkunde der SED-Bezirksleitung ausgezeichnet wurden (UZ berichtete in Ausgabe 15). Unser Foto zeigt die Übergabe der Ehrenurkunde durch Dr. Werner Fuchs, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung KMU (links). Foto: ZFF (Wisniewsky)

den sind die Abschnitte zur Klassenideologie, zur Hegemonieproblematik, zum Verhältnis von Agrarfrage, Revolution und Formation sowie zu den Wegen der bürgerlichen Umwälzung.

Die Teile II-IV stellen vollige Neuausarbeitungen dar. Im Teil II fällt besonders der polemische Charakter der Darstellung auf, in deren Zentrum Probleme wie Sozialistische Revolution und Revolutionspsychologie, bürgerliche Modernisierungstheorien, die Nachfrage sowie der Leninsche Plan des sozialistischen Aufbaus stehen.

Die Dialektik des Charakters der weltgeschichtlichen Epoche und die sozialen Dimensionen nationaler Befreiung sowie das Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung in Asien und Afrika und revolutionärer gesellschaftlicher Alternative bestimmen den Hauptinhalt des dritten Kapitels. Vor allem hier und im abschließenden 4. Teil zur antimperialistisch-demokratischen und sozialistischen Revolution in Lateinamerika wird deutlich gerade wenn die laufenden Forschungen mit einbezogen werden, daß viele Forschungspositionen durchaus noch im Fluß sind und sich der vorliegende Band insgesamt als eine Zwischenbilanz empfindet, dabei eine Anregung zur Diskussion darstellt, die sicher vielerorts (wenn auch mit unterschiedlichen Intentionen) aufgegriffen werden wird.

Bleibt nur zu hoffen, daß möglichst wenige Exemplare mit „Blindseiten“ (wie sie leider auch im der Rezensentin vorliegenden Band vorkamen) an die Buchhandlungen ausgeliefert werden.

Dr. EDITHA KROSS